

ZU TOP

Mainz, 23.01.2014

Anfrage 1094/2011 zur Sitzung Stadtrat am 15.06.2011

Teilnahme von Dezernentinnen und Dezernenten an Fraktions-/Parteiveranstaltungen (ödp/Freie Wähler)

Mit Rundschreiben an die Fraktionen im Stadtrat vom 25. März 2011 hat der OB die Maßstäbe zur Teilnahme der Verwaltung an Partei- und Fraktionsveranstaltungen festgelegt.

Wörtlich heißt es in diesem Rundschreiben:

Dezernentinnen, Dezernenten und andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sollen grundsätzlich nur dann seitens der im Stadtrat vertretenen Fraktionen angefordert werden, wenn ein Informations- und Erörterungsbedarf **in den Fraktionen** vorhanden ist. Insofern dient die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern, Dezernentinnen und Dezernenten nicht der Selbstdarstellung von Fraktionen, sondern ihrer politischen Willensbildung mit Blick auf die Ratsarbeit.

Für die Teilnahme der Verwaltung ist es stets problematisch, wenn öffentliche Veranstaltungen von Fraktionen zusammen mit einer anderen Gliederung der sie tragenden Parteien oder mit Dritten durchgeführt werden. Dies ist umso eher denkbar, je spezieller der Sachverhalt ist (Obstbaumschnitt in Holzhackschnitzelanlagen) und umso weniger möglich, als ein allgemeines politisches Interesse oder gar eine politische Auseinandersetzung um eine Frage tobt (Verkehrskonzept Große Langgasse).

Es kann nicht Aufgabe der Verwaltung sein, durch Gestellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mittels ihres Fachwissens eine Veranstaltung erst zu ermöglichen, das in Fraktionen evtl. nicht vorhandene Fachwissen zu ersetzen oder als „Sparringspartner“ für die Auffassungen von Fraktionen oder anderen zu dienen. Auch dies berücksichtigen die Dezernentinnen und Dezernenten auch zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Anforderungen der Fraktionen zu Veranstaltungen.

Am 24.5.2011 fand eine öffentliche Gesprächsrunde/Parteiveranstaltung der SPD Stadtratsfraktion zum Thema Einkaufszentrum Ludwigstrasse auf dem Gutenbergplatz statt, an der sowohl Baudezernentin Marianne Grosse als auch Oberbürgermeister Jens Beutel teilnahmen.

Wir fragen daher an:

1. Wurde die Teilnahme von Marianne Grosse als Baudezernentin vom Oberbürgermeister genehmigt?
2. Ist die Teilnahme von Dezernenten an Parteiveranstaltungen wie diesen im Einklang mit der im Schreiben des OB vom 25. März 2011 getroffenen Regelung?
3. Würden die Baudezernentin Marianne Grosse und der Oberbürgermeister Jens Beutel auch an einer öffentlichen Veranstaltung der Fraktion ÖDP/Freie Wähler zum Beispiel zu diesem Thema teilnehmen?

Dr. Claudius Moseler
Fraktionsvorsitzender